

nach der gegenwärtigen Rechtslage von dem Reich zu treffen sein, sondern von dem Lande. Der Landesausschuß wird also als gesetzgebender Faktor hinzuwirken haben. Dies dürfte wohl den Wünschen des Landesausschusses mehr entsprechen, als wenn die Gestaltung des Wahlrechts ohne jede verfassungsmäßige Mitwirkung von seiner Seite erfolgen würde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die preussische Wahlrechtsreform. Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung der Vorlage zu Ende geführt. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen und zwar mit 19 gegen 9 Stimmen wurde beschlossen, im Gegensatz zu den Urwahlen, bei denen geheim abgestimmt werden soll, die Wahl der Abgeordneten öffentlich vorzunehmen.

Graf Aehrenthal ist Donnerstag abend mit dem Münchener Schnellzug abgereist. Das Geleit zum Bahnhof gaben ihm der österreichisch-ungarische Botschafter und der deutsche Staatssekretär des Aeußern.

Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte den Schreiner Hertel, der bei den Demonstrationen am 17. Februar einen Zug geführt hatte, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und groben Unfug zu 150 M Geldstrafe. Am Sonntag soll eine gemeinsame Wahlrechtsdemonstration der Sozialdemokraten, der demokratischen und der neuen demokratischen Partei in Frankfurt a. M. stattfinden. Geplant ist eine Versammlung unter freiem Himmel und ein Demonstrationzug durch die Stadt.

Oesterreich.

Das „Fremdenblatt“ bespricht das Komunique über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bethmann-Hollweg und Aehrenthal und erklärt, das Bündnisverhältnis zu Italien einerseits und andererseits die günstige Entwicklung der Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu den übrigen Mächten erscheine den beiden Staatsmännern als die wichtigen Symptome, aus denen die günstige Prognose für die nächste Zukunft ableiten. Noch sei die Situation im nahen Orient nicht überall normal, aber alle Mächte vereinigen sich in dem Wunsche, jede Erschütterung zu vermeiden und zu verhüten, das etwaige innere Unruhe in einem Balkanstaat zu auswärtigen Verwicklungen führen. Die Rücksicht der äußeren Politik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns habe sich seit dem Herbst ebensowenig geändert wie die Gefühle herzlichster Bundesstreue und aufrichtiger Freundschaft, welche die beiden Reiche verbinden.

Das Befinden des Bürgermeisters Dr. Lutger hat sich derart verschlimmert, daß man noch heute

das Wiedererwarten. Man kann sich aber von Tobekampfsprechen. Die Ärzte machten heute auch dem Stadtrat die Mitteilung, daß keine Hoffnung auf Besserung vorhanden ist.

Frankreich.

Von dem Kriegsgericht in Chalons sur Marne wurde am Dienstag der Unteroffizier Faraco vom 8. Husarenregiment in Verdun, der in die Suppe seiner Kompagnie Cyanalkali geworfen hatte, um einen Soldaten, der ihm 800 Franken geliehen hatte, aus dem Wege zu räumen, zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Degradation verurteilt.

England.

Im Laufe der Tarifdebatte im Unterhaus wies Balfour auf die Wichtigkeit der Tarifreform als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit hin, insofern als durch die Tarifreform die produktive Tätigkeit Englands gesteigert würde. Minister Runciman erklärte, die Opposition habe das Volk grausam getäuscht, indem sie den Glauben erweckte, daß die Tarifreform allem Elend ein Ende mache. Die Tarifreform werde die Preise in die Höhe treiben, die Produktionskosten steigern und den britischen Erzeugnissen auf den neutralen Märkten Nachteil bringen. Nach weiterer Debatte wurde ein von Chamberlain eingebrachter Zusatzantrag zu Gunsten der Tarifreform mit 280 gegen 265 Stimmen abgelehnt. Die Nationalisten enthielten sich der Abstimmung. Die Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten für die Regierung.

Im Oberhaus gab Lord Rosebery die Erklärung ab, daß er am 14. März den Vorschlag machen werde, daß das Haus sich selbst als Komitee konstituierte, um die besten Mittel einer Reform seiner gegenwärtigen Organisation in Erwägung zu ziehen, damit derart eine starke und wirksame zweite Kammer gegründet werde. In Erwiderung einer Anfrage Cursons gab der Staatssekretär für Indien Morley eine Schilderung der Ereignisse in Tibet. Der Dalai Lama habe Peking am 21. Dezbr. 1908 verlassen und sei wie berichtet wird, am 25. Dezember 1909 in Laza angekommen. Ueber seine Bewegungen in der Zwischenzeit sei wenig bekannt; doch scheint er zwei Monate in Ragtschula geweilt zu haben, das acht bis neun Tagereisen von Laza entfernt ist. Vor seinem Weitermarsch nach der Hauptstadt sei das Gerücht gegangen, daß es dort beträchtliche Reibungen zwischen der tibetischen Regierung und chinesischen Beamten gegeben habe. Der Staatssekretär für Indien, Morley, sagte weiter, daß der Dalai Lama eine Erklärung über die Ursache seiner Flucht nicht gegeben habe. Er habe nur gemeldet, daß er nach Indien gehe, um die britische Regierung um Rat und Schutz zu

von Dassa von der tibetischen Regierung in der Kavallerie überwältigt worden sei. Eine Anzahl Tibetaner sei getötet oder verwundet worden. Der Dalai Lama werde mit aller Möglichkeit und allem Respekt aufgenommen werden. Die britische Regierung stehe mit der chinesischen Regierung im Meinungsaustausch über die so geschaffene unerwartete Situation.

Deutscher Reichstag.

Am Donnerstag wurde die Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Die ersten drei Redner des heutigen Tages befaßten sich mit Mittelstandsfragen, und zwar als erster Redner von ihnen Herr Werner von der Reformpartei besonders mit dem landwirtschaftlichen Mittelstand, dem Bauernstand, der die treueste Stütze des Staates sei und der staatlichen Fürsorge ebenso bedürftig sei wie der Handwerkerstand. Das sei auch von der Regierung anerkannt worden, die für ihre landwirtschaftsfreundliche Politik alle Anerkennung verdiene. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen befaßte sich der Redner besonders mit den Auswüchsen der Warenhäuser und sprach dann sein Bedauern aus, daß kürzlich allerhöchste Herrschaften bei Weiskirchen einen Besuch gemacht hätten. Eine große Anzahl Handwerkerfragen im einzelnen erörterte der Zentrumsgewählte Göring. Er wandte sich besonders gegen eine „papierne Sozialpolitik“ und meinte, der Staatssekretär sollte ohne Herzklopfen an die wichtige Aufgabe einer Handwerkerpolitik herangehen. Was dem Mittelstand fehle, sei Schutz der ehrlichen Arbeit, dann werde er auch gedeihen.

Schärfere Töne schlug noch der national-liberale Abgeordnete Fintel, der als Kleinfachmann selbst dem Mittelstand entstammt, an, indem er behauptete, der Staat sei sich seiner Pflicht gegen das Handwerk nicht bewusst gewesen. Der Industrie und der Landwirtschaft sei der Staat wiederholt in ihrer Not beigeprungen. Der Mittelstand sei jedoch das Ächzenbrodel, um dessen Not sich niemand kümmere und dem man höchstens in Kleinigkeiten, wie der Regelung des Hausierhandels und ähnlichen Fragen, entgegenkomme.

Eine andere Tonart schlug der freisinnige Abgeordnete Carstens an, der besonders für einen allmählichen Uebergang zu einer mächtigen Schutzpolitik eintrat und vom Staatssekretär eine Auskunft über seine Stellungnahme zu den Schiffsabgaben forderte und sich dann mit den Auswüchsen des Kohlenyndikats beschäftigte, ohne jedoch das zu übersehen, was durch die Syndikate zur Hebung des Arbeiterstandes geleistet worden sei.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch meinte: Die Sozialpolitik der Regierung bewege sich nach wie vor in falschen Bahnen. Das kolossale Anwachsen der Arbeiter mache neue Maßregeln notwendig. Die Industrie sei vom Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht. Wir verlangen eine Arbeitslosenversicherung. Nur das Kapital der Großgrundbesitzer wird begünstigt!

Staatssekretär Delbrück entgegnete, er habe niemals Zweifel darüber gelassen, daß er bestrebt sein werde, den sozialpolitischen Aufgaben gerecht zu werden, wie es seine Vorgänger getan hätten. Sie (zu den Sozialdemokraten) verlangen einen jähen Sprung in neue Verhältnisse, während wir bestrebt sind, in ruhiger Entwicklung allmählich diejenigen Forderungen zu erfüllen, die erfüllbar sind, unter Wahrung aller berechtigten Interessen. Wir können die einseitigen Interessen einer einzelnen Klasse nicht schätzen. Wochen hindurch haben wir uns fast ausschließlich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, so mit dem Stellenvermittlungsgesetz und mit dem Arbeitstammengesetz, worin zum ersten Mal prinzipiell der Satz festgelegt wird, daß unter allen Umständen Stellen geschaffen werden müssen, wo man unter einem unparteiischen Vorsitzenden die Streitigkeiten zwischen beiden Teilen erörtert und schlichtet. Ferner wird in diesem Gesetz vorgesehen die Förderung des Tarifvertrags durch die Arbeitskammern. Auch das Heimarbeitergesetz ist der Ansatz zu einer sozialpolitischen Entwicklung auf einem Gebiet, das sich bisher der Gesetzgebung entzogen hat. Der Maximalarbeitsstag wird sich vielleicht nie durch Gesetz regeln lassen. Die deutsche Industrie hat in der letzten Niedergangsperiode größere Widerstandsfähigkeit gezeigt, als die Industrie in irgendeinem anderen Lande. Die Regelung der Berggesetze überlassen wir den Bundesstaaten. Auch für die Knappschaftskassen wird auf diesem Wege eine geeignete Regelung gefunden werden.



Eine neue Aufnahme des Kronprinzen mit seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Wilhelm.

Das Bild, das wir reproduzieren, ist die neueste Aufnahme des Kronprinzen mit seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Wilhelm von Preußen, der am 4. Juli sein viertes Lebensjahr vollenden wird. Wie seine beiden Brüderchen,

entwickelt sich der kleine Prinz, der einmal dazu berufen sein wird, die deutsche Kaiserkrone und die preussische Königskrone zu tragen, in der prächtigsten Weise. Sein hoher Vater ist natürlich auf seinen Stammhalter besonders stolz.